

P/XVIII/88

Bonn, den 9. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>Erfolgreicher Aufbau durch bewährte Partnerschaft</u> Zur Landtagswahl am 19. Mai in Niedersachsen Von Ministerpräsident Dr. rer. pol. Georg Diederichs	89
3	<u>Das gibt es auch !</u> Gesamteuropäische Wirtschafte ohne Grenzen Von Bruno Kuster, Genf	49
4 - 5	<u>Alarmzeichen für die Kulturpolitik</u> Die Bedarfsfeststellung der Kultusminister-Konferenz Von Dieter Bielenstein	90
6	<u>6. Mai mit leisen Tönen</u> "Tag der Befreiung" in der Zone Von E. Zachmann, Berlin	51

Chefredakteur Günter Markscheffel

Erfolgreicher Aufbau durch bewährte Partnerschaft

Zur Landtagswahl am 19. Mai in Niedersachsen
Von Ministerpräsident Dr. rer. pol. Georg Diederichs

Im April dieses Jahres jährte sich zum sechzehnten Male der Tag, an dem die Bevölkerung Niedersachsens erstmalig nach dem Kriege wieder ihre frei gewählten Vertreter in das Landesparlament entsenden konnte. Seit dieser Zeit ist der Aufbau des Landes in beachtlichem Maße vorangegangen, und es kann nicht geleugnet werden, daß ihm die Beständigkeit der politischen Führung im Lande dabei zugute gekommen ist.

Die Sozialdemokratie, als die stärkste politische Kraft Niedersachsens, ist in der Regierungsverantwortung seit den schweren Tagen der Flüchtlingsströme, der Wohnungsnot und der Demontagen, und die Bevölkerung unseres Landes hat ihre großen Leistungen beim Wiederaufbau immer wieder mit neuem Vertrauen belohnt. Ein einziger Versuch, in diesem Lande gegen die Sozialdemokratie zu regieren, erwies sich nach 2 1/2 Jahren als nicht tragfähig.

* * *

Das Ergebnis der Wahlen des Jahres 1959 zeigte die Sozialdemokratie erneut als stärkste Partei. Die damals gebildete Koalition mit den Freien Demokraten und dem BHE war dazu ausersehen, die Stetigkeit der politischen Verhältnisse durch eine stabile Landesregierung auch weiterhin sicherzustellen. Der Bestand und die Arbeitsfähigkeit dieser Regierungskoalition basierten nicht zuletzt auf der Anerkennung der Eigenständigkeit und funktionellen Gleichberechtigung der kleineren Partner durch die zahlenmäßig weit überlegene SPD.

Zu Beginn der abgelaufenen Legislaturperiode sagte mein verehrter Amtsvorgänger Hinrich Wilhelm Kopf vor dem Landtag:

"Ich bin überzeugt, daß eine tragfähige und bestandskräftige Regierungskoalition gebildet worden ist, die die Aufgaben, die in den nächsten vier Jahren vor uns stehen und die wir uns selbst stellen, mit Sicherheit und Tatkraft lösen wird."

Wie steht es nun mit der Verwirklichung dieses damals gegebenen Versprechens? Wie sieht die Bilanz einer rund eineinhalb Jahrzehnte währenden Aufbauarbeit im Lande unter sozialdemokratischer Führung aus?

* * *

Vor allem verdient festgehalten zu werden, daß die Regierungsarbeit in einem Geiste echter Partnerschaft und loyaler Zusammenarbeit geleistet wurde, der als beispielhaft bezeichnet werden ist. Aber zum Gelingen unserer Aufbauarbeit im Lande kam noch eines hinzu: die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bevölkerung unseres Landes und ihre tatkräftige Unterstützung der Regierungsmaßnahmen in Stadt und Land.

Was in Niedersachsen durch dieses Partnerschaftsverhältnis innerhalb der Regierung und zwischen Regierung und Bevölkerung geleistet wor-

den ist, kann heute von niemandem gelaugnet werden, der offenen Auges durch das Land geht. Der vorbildliche Ausbau unseres Schulwesens hat weit über die Grenzen des Landes hinaus Anerkennung gefunden.

- * Mehr als 400 Mittelpunktschulen sorgen für den erhöhten
- * Bildungsanspruch unserer ländlichen Bevölkerung. Als er-
- *stes Land der Bundesrepublik hat Niedersachsen mit der
- * Einführung des 9. Schuljahres eine Forderung unserer mo-
- * dernen Gesellschaft verwirklicht und dabei dankbar die
- * Unterstützung der Wirtschaft, der Kirchen, des Landvolkes
- * und der Lehrerverbände erfahren. Das niedersächsische Bei-
- *spiel in der Erschließung des zweiten Bildungsweges vor
- * dreizehn Jahren ist inzwischen in fast allen Bundesländern
- * nachgeahmt worden.

* * *

Die Landesregierung hat in ganz besonderem Maße ihr Augenmerk der Förderung der industriellen Ansiedlung, vor allem in den schwerbedrängten Zonenrandgebieten gewidmet. Die Tatsache, daß es durch intensive Förderungsmaßnahmen gelungen ist, in der Nachkriegszeit rund 1.500 industrielle Betriebe mit ca. 150.000 Beschäftigten neu zu gründen, spricht für sich. Durch eine vorausschauende Agrarpolitik hat die Landesregierung in sinnvoller Koordinierung der verfügbaren Bundes- und Landesmittel der heimischen Landwirtschaft mitgeholfen, die Aufgaben im größeren europäischen Markt zu erleichtern.

- * Seit mehr als fünfzehn Jahren hält Niedersachsen mit ge-
- *genwärtig fast 50.000 neuen Siedlerstellen unangefoch-
- *ten die Spitze unter allen deutschen Bundesländern.

Trotz leider rückläufiger Unterstützung des Bundes im sozialen Wohnungsbau konnten in Niedersachsen bereits viermal mehr Wohnungen gebaut werden als bei Kriegsende zerstört waren.

Das Verhältnis zu den evangelischen Landeskirchen hat im Staatsvertrag von Luccum eine vorbildliche Regelung gefunden. Mit der katholischen Kirche finden gegenwärtig Verhandlungen mit dem Ziele eines ähnlichen Vertrages statt.

Die vorerwähnten Maßnahmen sind lediglich einige Beispiele für die weitverzweigte Regierungs- und Gesetzgebungsarbeit, die in den vergangenen vier Jahren unter anderem ihren Niederschlag in mehr als 100 von der Landesregierung im Landtag eingebrachten Gesetzentwürfen gefunden hat. Voraussetzung für die Verwirklichung der meisten Vorhaben aber waren neben den erklärten Zielen der Verantwortlichen die finanziellen Möglichkeiten des Landes. Trotz unvorhergesehener hoher Ausgaben infolge der Sturmflutkatastrophe ist eine Konsolidierung der Landesfinanzen erreicht worden, die uns zuversichtlich auch die kommenden Aufgaben zum Wohle unseres Landes auf uns nehmen läßt.

* * *

Wir stellen uns daher der Entscheidung unserer Wähler mit dem Gefühl der Dankbarkeit für ihr Vertrauen, aber auch mit dem Gefühl der Freude und des berechtigten Stolzes über die gemeinsamen Erfolge unserer Aufbauarbeit zum Wohle des Landes. Auch in Zukunft müssen die Grundlagen erfolgreicher Politik unter sozialdemokratischer Führung unverändert bleiben, nämlich: demokratische Tradition, soziale Verpflichtung, liberale Geisteshaltung und gesamtdeutsche Verantwortung!

+ + +

Das gibt es auch !

Gesamteuropäische Wirtschaft ohne Grenzen

Von Bruno Kuster, Genf

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit entfaltet in Genf die "Wirtschaftskommission für Europa", der alle Länder des Kontinents und die USA angehören, eine beachtliche Aktivität mit dem Ziel der Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller europäischen Staaten. Seit 16 Jahren existiert hier eine wirtschaftliche Kontaktstelle, die zwar nicht viel Aufhebens von sich macht, aber in zunehmendem Maße Erfolge verzeichnen kann. So erklärte der Delegierte Frankreichs zum Abschluß der diesjährigen Kommissionstagung, daß sich dieses Jahr deutlicher "ein Geist der Verständigung" bemerkbar gemacht habe, der bereits Früchte trage und "eine bessere Zusammenarbeit zwischen allen" ermögliche. Das einhellige Bekenntnis aller europäischen Regierungen in Ost und West zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit dürfte den Wunsch hinreichend rechtfertigen, die Probleme dieser gesamteuropäischen Zusammenarbeit ebenso ausgiebig und öffentlich zu erörtern wie diejenigen des teil-europäischen Zusammenschlusses.

Neuer Anlauf abseits von ideologischen Vorbehalten

Die Förderung des Handelsaustausches zwischen West- und Osteuropa ist zwar anerkannte Hauptaufgabe der Kommission, gleichzeitig aber jenes grossen Gebietes, auf dem bisher die geringsten Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Kommission stimmte nun einer gemeinsam von den USA, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen, Großbritannien, Schweden, der Tschechoslowakei, der UdSSR und Jugoslawien eingebrachten Resolution zu, welche die Einsetzung einer besonderen Expertengruppe vorsieht, um die west-östlichen Handelsprobleme abseits der ideologischen Vorbehalte gründlich zu untersuchen. Es werden ihr sieben Regierungsexperten angehören, die insbesondere folgende Probleme zu prüfen haben:

1. Die Auswirkungen der Zölle, der Preis- und Steuerpolitik auf den Außenhandel der Mitgliedstaaten, die verschiedenartigen Wirtschaftssystemen angehören.
2. Die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel und des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung sowie die Probleme der tatsächlichen Gegenseitigkeit übernommener Verpflichtungen im Rahmen der verschiedenen Wirtschaftssysteme.
3. Die Möglichkeit, ein multilaterales Handels- und Zahlungssystem zu schaffen.

Verminderung des beiderseitigen Risikos

Mit diesem Arbeitsprogramm greift die Expertengruppe ins Herz jener Probleme, die nun während langer Jahre nur Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen bildeten. Eine genaue Kenntnis der tatsächlichen Auswirkungen handelspolitischer Vereinbarungen in den verschiedenen Wirtschaftssystemen des Westens und des Ostens vermindert nicht nur das gegenseitige Risiko, sondern auch den Spielraum für propagandistische Manöver.

Dieser neue Anlauf für eine befriedigende Regelung des gesamteuropäischen Handelsaustausches bietet beiden Seiten die Möglichkeit, für jedes Entgegenkommen angemessene Gegenleistungen auszuhandeln. Damit steht der Westen vor der nicht leichten Aufgabe, sich über die Grundzüge einer zusammenhängenden, aktiven Wirtschaftspolitik gegenüber dem Osten klar zu werden, die im Vergleich zur gegenwärtigen Lage den Vorzug hätte, die wirtschaftliche Dynamik des Westens voll ins Spiel zu bringen, anstatt sich auf widersprüchliche und deshalb unwirksame Abwehrreaktionen zu beschränken.

+ . . +

Alarmzeichen für die Kulturpolitik

Die Bedarfsfeststellung der Kultusminister-Konferenz

Von Dieter Bielenstein

Der Meinungsstreit um den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern hat die Gemüter erregt. Man wird viele Argumente des Für und Wider abwägen müssen, um eben zu einem wirklichen "Ausgleichen" zu kommen. Wie die Entscheidungen auch ausfallen, sicher ist, daß die Finanzlasten der Länder durch hochschnellende Kulturausgaben im nächsten Jahrzehnt stetig steigen werden. Für Schulwesen, Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst- und Kulturpflege, Erwachsenenbildung und das öffentliche Bücherwesen wandten Länder und Gemeinden im Vorjahr fast elf Milliarden DM auf. Schon fünf Jahre später werden diese Ausgaben sich auf 18,5 Milliarden DM belaufen und im Jahre 1970 fast 20 Milliarden DM erreichen. Diese Vorausschätzung ist keineswegs utopisch, sondern basiert auf der genauen, unlängst veröffentlichten Bedarfsfeststellung der Kultusminister-Konferenz.

Schülerzahlen steigen sprunghaft

Damit ist erstmals ein genauer Überblick auch in den Einzelheiten über die auf uns zukommenden gewaltigen Aufgaben möglich. Um ein Beispiel herauszugreifen: Die Zahl der Schüler allgemeinbildender Schulen wird schon nach sieben Jahren von 6,7 Millionen im Jahre 1971 auf 8,4 Millionen angewachsen sein und damit um fast ein Viertel (24,4 Prozent) zunehmen. Allein die 9. Volksschulklassen, die 1961 nur 36.496 Schüler absolvierten, werden 1971 bereits 548.215 Schüler besuchen, da sie in zwei Jahren in allen Bundesländern eingeführt werden. Die Zahl der Fachschüler einschließlich des wichtigen technischen Nachwuchses an den Ingenieurschulen steigt im gleichen Zeitraum sogar um 56,7 Prozent von 169.000 auf 231.000.

Das heißt aber praktisch für uns, schon heute den Bau neuer Schulen, die Ausbildung künftiger Lehrer und die Bereitstellung der notwendigen Mittel zu planen. Industriewerke zur Vergrößerung der Produktionskapazität lassen sich zur Not aus dem Boden stampfen, das Erziehungswesen muß mit langen Anlaufzeiten rechnen. Wenn nicht in wenigen Jahren wieder nur Flickwerk und Notstandsmaßnahmen die ärgsten Mißstände mühsam nur überbrücken sollen, muß heute die Bedarfsfeststellung der Kultusminister wie ein Alarmzeichen wirken.

Zu viel oder zu wenig Lehrer?

Wie schwierig allerdings solche Vorausschätzungen mangels geprüfter Methoden noch sind, zeigen die Berechnungen des künftigen Bedarfs an Lehrern für Volks-, Sonders- und Mittelschulen. 1961 verzeichneten wir 170.763 Lehrer an diesen Schultypen, 1970 werden es voraussichtlich 223.638 sein. Bis dahin scheiden rund 75.000 (44,12 Prozent) der heute tätigen Lehrer wegen Erreichens der Altersgrenze, Tod, Verheiratung der Lehrerinnen oder aus anderen Gründen aus dem Dienst. Immerhin stellen die Lehrerinnen schon heute fast die Hälfte aller Lehrkräfte. Die so entstehenden Lücken und den erwarteten Mehrbedarf will man durch den beschleunigten Ausbau der Pädagogischen Hochschulen ausgleichen.

Aber werden die zusätzlichen rund 10.000 Studienplätze an diesen Hochschulen durch die Studenten wirklich ausgefüllt? Und wäre der "Bedarf" im Jahre 1970 mit 223.638 Lehrern wirklich gedeckt. Ihnen stehen

denn etwa 7,4 Millionen Schüler gegenüber. Bei einer Klassenstärke von 30 Schülern an den Volksschulen und einem Lehrer pro Klasse - wie die Verhältnisse heute im Durchschnitt liegen - wäre sogar ein "Lehrerüberschuß" von 7.000 Lehrern zu verzeichnen. Aber schon wenn die Klassenstärke auf 30 Schüler gesenkt wird - was die Kultusminister erklärtermaßen anstreben - werden rund 41.000 Lehrer fehlen. Und wenn gar die Lehrerzahl pro Klasse nur auf den Durchschnittswert von 1,3 gehoben wird, erreicht der Fehlbestand in sieben Jahren die beängstigende Ziffer von 121.500 ! Das heißt praktisch, daß unter den gegebenen Voraussetzungen an eine Anpassung unserer Primarschulen an die gestiegenen pädagogischen Erfordernisse nicht zu denken ist.

Kulturausgaben steigen - aber nur absolut

Das alles sind nicht süßige Zahlenspiele. Dahinter steht der ganze Ernst einer schon fast verfahrenen Situation unseres Erziehungswesens, die wir nicht sorglos hinnehmen dürfen. Prof. Edding hat in einer aufsehen erregenden Untersuchung nachgewiesen, daß im internationalen Vergleich die Bundesrepublik mit ihren Ausgaben für Schulen und Hochschulen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt am Ende der Skala entwickelter Industrienationen steht. Die Kulturausgaben der Länder sind zwar in den letzten fünf Jahren absolut unablässig gestiegen, im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben sind sie aber von 25,7 Prozent bis auf 20,7 Prozent gefallen.

Forderung nach einem Bildungsrat bestätigt

Versucht man aus der Bedarfsfeststellung der Kultusminister Schlussfolgerungen zu ziehen, so stehen wir vor drei dringlichen Aufgaben. Die vorliegende Erhebung ist ein vielversprechender und begrüßenswerter Beginn. Es wird nun darauf ankommen, die Methoden der Bildungstatistik und der Verausschätzungen zu verbessern und zu verfeinern. Ohne zureichende Bildungsforschung bleiben uns sonst nur unzureichende Improvisationen.

Die Bedarfsfeststellung versucht sicherlich "keine Planung im dirigistischen Sinne". Ihre Ergebnisse dürfen aber nicht in den Akten-schränken der Länderministerien verschwinden, sondern müssen auf der Tagesordnung der Landtage bleiben und Arbeitsmaterial der zuständigen Landes- und Bundesbehörden werden. Die Voraussicht auf die künftige Entwicklung unseres Erziehungswesens, von Wissenschaft und Forschung und von Kunst- und Kulturpflege verlangt nach einer vorausschauenden Ordnung der Dinge. Wir können sie nicht dem Zufall überlassen, und Reparaturen stets neu auftauchender Mißstände an die Stelle der gebotenen Lösung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben setzen.

Und schließlich erweist die Bedarfsfeststellung, daß ein größeres Maß zielstrebigere Zusammenarbeit zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Kulturpolitik notwendig und möglich ist. Die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einem Bildungsrat hat so unversehens von der Sache her eine nachdrückliche Bestätigung erfahren. Diese Ansätze sollten bald weiter verfolgt werden.

8. Mai mit leisen Tönen

"Tag der Befreiung" in der Zone

Von E. Zachmann, Berlin

Der "Tag der Befreiung", der bisher in jedem Jahr von Pankow dazu benutzt wurde, aggressive Forderungen in der Deutschland- und Berlin-Frage zu erheben, ist diesmal mit ziemlich leisen Tönen über die Ostberliner Bühne gegangen. Das kann seinen Grund nicht in der Abwesenheit des SED-Chefs Ulbricht haben, der sich zur Zeit in Karlsbad aufhält. Die Pankower Zurückhaltung ist ohne Zweifel Ausdruck von Interventionen aus Moskau wo man die amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche mindestens im Augenblick nicht stören möchte.

Die Grußadresse, die Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrats und erster Sekretär der SED an Chruschtschow richtete, entbehrte aller aggressiven Töne gegenüber dem Westen, wie sie bis zur Lösung der Kuba-Krise in Ostberlin üblich waren. Was die für Ulbricht drückende Fessel der noch immer ungelösten Berlin-Frage betrifft, so beschränkte sich Pankows Grußadresse an Moskau auf die bescheidene Wiederholung der von Chruschtschow vertretenen Ansicht, die "Sicherung des Friedens durch Abrüstung sei erst dann erreichbar, wenn die Überreste des zweiten Weltkrieges beseitigt und die Kriegsquellen in Westdeutschland und Westberlin durch die deutsche Friedensregelung und die Umwandlung Westberlins in eine neutrale freie Stadt verstopft sind".

Die Formulierung der Pankower Forderung ist so vorsichtig gewählt, daß Moskau keinen Anstoß nehmen kann, zumal man in Pankow auch die Forderung nach einem "entmilitarisierten Westberlin" wohlweislich herausließ. Das ausdrücklich betonte Bekenntnis der SED-Führung zur "Einheit und Geschlossenheit des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Lagers", die man - so heißt es wörtlich - wie seinen Augapfel hüten wolle - kann in diesem Zusammenhang durchaus als ein Verzicht Pankows auf Extratouren in der Berlin-Frage verstanden werden.

Moskau selbst hat diesmal wenig Anstrengungen unternommen, um den 8. Mai als "Tag der Befreiung" eine besondere Note zu geben. Die nach Ostberlin entsandte obligate Delegation stand unter der Leitung des Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, Jan Pleiwe, der als Kandidat des Zentralkomitees der KPDSU kaum ein besonderes Gewicht besitzt. In Moskau selbst beschränkte man sich anläßlich des 8. Mai auf eine Kundgebung zur Eröffnung der Woche der sowjetisch-deutschen Freundschaft, die unter der Leitung des bisher wenig bekannten Funktionärs Kotechemassow stand und an der nur noch der stellv. Ausserminister Semjonow teilnahm. Auf dieser Kundgebung beschränkte man sich auf die Hoffnung, der "umfangreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR" werde die internationale Autorität der DDR stärken.

Ohne Zweifel lag für eine solche Kommentierung des diesjährigen 8. Mai eine Weisung von höchster Stelle vor. Diese Richtlinie der Kommentierung deckt sich haargenau mit den Argumenten, die die SED-Funktionäre seit Kuba auf Parteiversammlungen vorbringen, wenn von ihnen eine Antwort auf die Frage gefordert wird, wann endlich der von Pankow seit langem angekündigte separate Friedensvertrag zum Zuge kommt. Auch die Ulbricht-Funktionäre können nichts anderes tun, als darauf hinzuweisen, es müßten zunächst einmal die Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages geschaffen werden, die in der ökonomischen Stärkung der "DDR" bestehen.